

Attraktives kommunalpolitisches Ehrenamt – ein Aufbruch für mehr Vereinbarkeit und Wertschätzung



LDK in Weingarten am 14.-15.10.2023

Gremium: 43. Landesdelegiertenkonferenz in Weingarten
Beschlussdatum: 14.10.2023
Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

- 1 Die kommunale Ebene ist zentral wichtig für unsere Demokratie. Ausgestattet mit
- 2 den besten Vertrauenswerten aller politischen Ebenen, gestalten ehrenamtliche
- 3 Gemeinderät*innen, Kreisrät*innen und Regionalrät*innen ganz konkret unser
- 4 nächstes Umfeld. Dafür gilt Ihnen unser aller Respekt und Unterstützung.
- 5 Dementsprechend wollen wir das kommunalpolitische Mandat für die Ehrenamtlichen
- 6 attraktiver gestalten. Unsere Gesellschaft, unsere Art zu arbeiten und zu leben
- 7 und auch die Art und Weise, wie das Ehrenamt gelebt wird, hat sich in den
- 8 letzten Jahrzehnten deutlich verändert.
- 9 Es wird also Zeit für einen Aufbruch, um den neuen Bedürfnissen
- 10 entgegenzukommen, mehr Menschen für Kommunalpolitik zu begeistern, die
- 11 Wahrnehmung des kommunalpolitischen Mandats und vor allem dessen Vereinbarkeit
- 12 mit dem privaten und beruflichen Leben zu erleichtern. So können wir auch die
- 13 Vielfalt in unseren kommunalen Gremien in ganz Baden-Württemberg und allen
- 14 Kommunen, und seien sie noch so unterschiedlich, verbessern.
- 15 Diese weisen statistisch gesehen einen Mangel an Vielfalt auf. Beispielsweise
- 16 sind nur knapp mehr als ein Viertel der Ratsmitglieder weiblich. Doch dies ist
- 17 nicht die einzige Gruppe, die nicht ausreichend repräsentiert ist.
- 18 Beispielsweise auch Eltern kleinerer Kinder, Menschen mit Behinderungen oder
- 19 deren Angehörige, Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen unter 40
- 20 Jahren finden sich seltener im Gemeinderat. Mit der Reform des
- 21 Kommunalwahlrechts sind wir in Baden-Württemberg absolute Vorreiter in ganz
- 22 Deutschland und ermöglichen zukünftig die Kandidatur für alle Wahlberechtigten
- 23 ab 16 Jahren. Das ist eine große Chance für die Verjüngung der Räte, die wir nun
- 24 mit Leben füllen müssen.
- 25 In unseren Parteistrukturen unterstützen wir Grüne die Vielfalt in den Räten
- 26 unter anderem durch das Vielfaltsprogramm und Maßnahmen der Frauenförderung.
- 27 Es braucht aber auch strukturelle Veränderungen für die Kommunen, um noch mehr
- 28 Menschen für Kommunalpolitik zu begeistern.
- 29 **Die Zukunft ist digital - hybride Ratssitzungen und Livestreams**
- 30 Während der Corona-Pandemie haben die Kommunen erneut ihre
- 31 Problemlösungsfähigkeit unter Beweis gestellt und haben zügig Möglichkeiten für
- 32 digitale Gremiensitzungen geschaffen. Die Möglichkeit, Sitzungen hybrid zu
- 33 gestalten, ermöglicht sowohl private als auch berufliche Flexibilität.

34 Wir sollten aus diesen Möglichkeiten lernen und sie weiter ausbauen. Die
35 technischen Systeme sind vor Ort mehrheitlich schon da. Jetzt gilt es, hybride
36 Sitzungen rechtssicher zu gestalten. Hier hat das Land Lösungen für den
37 rechtlichen Rahmen und die Rechtssicherheit zu erarbeiten.

38 Ebenso hat das Land die im Koalitionsvertrag vereinbarte Rechtssicherheit für
39 die Online-Übertragung von Gemeinderatssitzungen zu konkretisieren und die
40 Kommunen bei Fragen hierzu zu unterstützen.

41 Im Grundsatz halten wir die Präsenz für die erstrebenswerte Form, in der
42 mehrheitlich der Sitzungsdienst geleistet werden sollte.

43 **Weniger ist mehr: Für eine Begrenzung der Sitzungszeit und** 44 **Redezeitbeschränkungen**

45 Wir setzen uns vor Ort dafür ein, dass mit der Sitzungszeit verantwortungsvoll
46 umgegangen wird. Wir ermutigen dazu, in jeder Kommune vor Ort Begrenzungen der
47 Sitzungszeit festzulegen. Nach 21 Uhr sollten daher nur mit Einstimmigkeit des
48 Rates neue Tagesordnungspunkte festgelegt werden dürfen.

49 Weiter sprechen wir uns vor Ort und auf die jeweilige Kultur im Rat angepasst
50 für die Beschränkung der Redezeit, bei Wortbeiträgen sowie bei Haushaltsreden
51 aus.

52 **Kommunalpolitisches Ehrenamt und Vereinbarkeit mit Schule, Studium und** 53 **Ausbildung**

54 Um jungen Menschen die Teilhabe in kommunalen Gremien besser zu ermöglichen,
55 fordern wir, dass neben Arbeitnehmer*innen und Beamt*innen auch Auszubildende,
56 Schüler*innen und alle Studierenden einen Rechtsanspruch auf Freistellung, für
57 die Ausübung des Mandats, erhalten. Zudem soll für Studierende, ab einer
58 einjährigen Mitgliedschaft in einem kommunalpolitischen Gremium, parallel zum
59 Studium, die Prüfungsfristen sowie die Regelstudienzeit um zwei Semester
60 verlängert werden. Dies ist entscheidend, da aufgrund von festen
61 Sitzungsterminen nicht immer alle erforderlichen Vorlesungen innerhalb der
62 Regelstudienzeit belegt werden können. Des Weiteren ist es an der Zeit, im
63 Hochschulzulassungsgesetz ein kommunalpolitisches Mandat als Grund für eine
64 Ortsgebundenheit anzuerkennen, um die Vereinbarkeit von Studium und
65 Kommunalpolitik besser zu ermöglichen.

66 **Kommunalpolitisches Ehrenamt und Vereinbarkeit mit Care-Arbeit**

67 Viele Interessierte sehen angesichts familiärer Verpflichtungen von der
68 Kandidatur für ein kommunales Mandat ab. Damit geht sehr viel Expertise für
69 unsere Gremien verloren. Bezüglich des Ausgleiches von Care-Arbeit, meist
70 Babysitting, gibt es in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedliche
71 Handhabungen. Wir sind der Überzeugung, dass der beste Weg die Festlegung von
72 Pauschalen in der Entschädigungssatzung sind und unterstützen unsere
73 Kommunalpolitikerinnen, diese vor Ort dementsprechend zu ändern.

74 Dabei ist es uns wichtig, dass der gesamte Care-Bereich abgedeckt ist – also
75 nicht nur die Kinderbetreuung, sondern auch die Betreuung zu pflegender
76 Angehöriger.

77 **Kommunalpolitisches Ehrenamt und die Anwesenheit – Ein einfacher Tausch**

78 Im Idealfall finden Sitzungen in Präsenz und vor Ort statt. Dies ist aber nicht
79 immer möglich. Insbesondere in Zeiten, in denen das Ehrenamt wegen Krankheit
80 oder beruflichen Verpflichtungen dauerhaft nicht in Präsenz stattfinden kann,
81 bedarf es einer neuen Lösung. Wir setzen uns für einen Prüfauftrag folgenden
82 Modells ein: Kann eine Rätin /ein Rat absehbar für mehrere Monate nicht in
83 Präsenz an den Sitzungen teilnehmen, kann sie/er für einen begrenzten Zeitraum
84 von einem halben Jahr ihr Mandat an die/den jeweilige*n Nachrücker*in abgeben.
85 Kehrt die Rätin/ der Rat zurück, gibt die/der Nachrücker*in das Mandat wieder
86 ab.

87 **Attraktivität des Fraktionsvorsitz**

88 Die Arbeit als Fraktionsvorsitzende*r ist oftmals noch zeitaufwändiger und
89 intensiver. Neben den Zulagen ist es uns wichtig, Fraktionsvorsitzende
90 insbesondere bei organisatorischen Aufgaben zu unterstützen. Aufgaben wie die
91 Terminkoordination, Raumsuche oder schlicht das Verwalten und Verteilen von
92 Mails und Post sollen zukünftig in Kommunen ab 20 000 Einwohnenden den Anspruch
93 auf eine Geschäftsstelle haben. Diese ist direkt bei der Kommune angestellt. Der
94 Umfang dieser Stelle soll vor Ort per Gemeinderatsbeschluss festgelegt werden.

95 **Kommunikation und Berichterstattung stärken**

96 Mit großer Sorge sehen wir die abnehmende Leserschaft und den zunehmenden
97 ökonomischen Druck auf die Tageszeitungen, der oftmals die Streichungen
98 innerhalb der Lokalredaktionen oder Streichung von Berichterstattung zur Folge
99 hat. Über die Tageszeitungen läuft die meiste Berichterstattung über
100 Kommunalpolitik.

101 Uns ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen über die Entscheidungen vor
102 Ort informiert sind. Deswegen setzen wir uns auf kommunalpolitischer Ebene dort,
103 wo die Lokalredaktionen nur noch eingeschränkt berichten können, für eine
104 Vollverteilung des Amtsblatts ein. Dieses soll über kommunalpolitische
105 Entscheidungen informieren und den Fraktionen Raum für die Darstellung ihrer
106 Arbeit und ihrer Meinung bieten, aber explizit keinen Zeitungscharakter haben.

107 **Schutz vor Hass und Hetze: Wir bleiben dran!**

108 Immer mehr Kommunalpolitiker*innen im Haupt- wie auch im Ehrenamt sehen sich
109 Angriffen ausgesetzt. Für ihren Schutz haben wir Grüne schon einiges erreicht.

110 Zukünftig steht auf den Wahllisten nicht mehr die volle Anschrift der
111 Kandidierenden. Zudem haben wir die bestehende Beratungsstelle für Betroffene im
112 Landeskriminalamt ausgebaut: neben einer polizeilichen und juristischen Beratung
113 erhalten jetzt auch Betroffene und ihr enger Familienkreis eine psychosoziale
114 Erstberatung. Diese soll helfen, die passende Unterstützung zu finden.

- 115 Mit dem Kabinettsbeschluss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ setzen wir im
116 Land ein klares Zeichen. Und unterstützen insbesondere auch unsere
117 Kommunalpolitiker*innen.
- 118 Wir werden weiter intensiv an diesem Thema arbeiten und insbesondere im engen
119 Austausch mit den Betroffenen weitere Bedarfe eruieren.
- 120 Daher fordern wir eine jährliche Sondersitzung des Kabinettsausschusses speziell
121 zum Thema „Hass und Hetze gegen Kommunale“. Gemeinsam mit betroffenen haupt- und
122 ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen, den Kommunalen Landesverbänden,
123 Vertreter*innen der Landespolitik, der Polizei, sowie wissenschaftlicher
124 Expertise wollen wir an zusätzlichen Lösungsstrategien und Empowerment arbeiten.